



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Auftakt zum Prozess über die Madrider Ter- roranschläge*



Fast drei Jahre nach den Terroranschlägen in Madrid, bei denen 191 Menschen getötet und mehr als 1.800 verletzt wurden, hat am vergangenen Donnerstag der Prozess gegen die mutmaßlichen Attentäter unter dem vorsitzenden Richter Javier Gómez Bermúdez begonnen. Auf der Anklagebank sitzen 29 Beschuldigte, darunter 20 Araber und 9 Spanier. An dem „Jahrhundertprozess“ nehmen 50 Anwälte teil sowie zwei Anwälte, die als Nebenkläger die Verbände der Opfer des Terrorismus vertreten.

Der in einem hoch gesicherten Gerichtsgebäude am Stadtrand von Madrid in Casa de Campo stattfindende Prozess wird von 200 Polizeibeamten bewacht. Über 140 Journalisten, 30 Fernseh- und 23 Radiosendern aus dem In- und Ausland verfolgen den Prozess. Es ist der größte Prozess, der bisher über einen Terrorakt geführt wurde.

Der Prozess, in dem rund 650 Zeugen und knapp 100 Sachverständige aussagen werden, ist auf mindestens fünf Monate angesetzt. Ob die angesetzte Zeit genügt, wird

jedoch allgemein bezweifelt. Vor September werden keine Urteile erwartet.

Da die Obergrenze für die U-Haft in Spanien aber bei vier Jahren liegt, steht das Gericht unter Zeitdruck. Denn falls Verzögerungen eintreten sollten, müsste ein Teil der Angeklagten aus der Untersuchungshaft entlassen werden.

Die Anklage fordert für die drei von den sieben Hauptangeklagten jeweils 38.656 Jahre Gefängnis. Sie hätten den Plan ausgearbeitet und ausführen lassen. Zum Auftakt des Prozesses bestritten die Hauptangeklagten die Vorwürfe und verweigerten jede weitere Aussage. Rabei Osma alias „Mohammed der Ägypter“, gilt als Chefideologe der Terroristen und „Gehirn“ des Attentats des „11-M“. Gleich zu Beginn des Prozesses bestritt er jegliche Beteiligung und verurteilte die Terroranschläge von Madrid, New York und London. Er habe Spanien bereits am 28. Februar 2003 verlassen und verfüge daher über keine Kenntnis über die Attentatspläne. Darüber hinaus sei er ein unbescholtener Bürger und habe niemals Verbindung zu Al Kaida gehabt. Seine Verhaftung in Italien, die aufgrund einer Abhöraktion erfolgte, sei rechtswidrig gewesen.

Daher erkenne er das Madrider Gericht nicht an und werde jede weitere Aussage verweigern. Youssef Belhadj und Hassan el Haski, weitere mutmaßliche Köpfe des Anschlags, haben ebenfalls angekündigt, nur auf die mit ihrem Verteidiger abgestimmten Fragen antworten zu wollen.

In den spanischen Medien wird vor allem die Frage nach der Zusammensetzung und Herkunft des Sprengstoffes, der bei den Attentaten in den Madrider Vorstadtzügen benutzt wurde, diskutiert. Der Abschlussbericht der Sachverständigen, dessen Publikation sich um mindestens einen Monat verzögert, soll Klarheit schaffen. Politisch brisant ist vor allem die Frage, ob der am 11. März 2004 benutzte Sprengstoff die gleiche Zusammensetzung hat wie Sprengstoff, der auch von der ETA benutzt wurde. Sollte dies der Fall sein, so würde das die Annahme der Volkspartei (PP), die Terroristen vom „11-M“ hätten Verbindungen zur ETA, unterstützen. Der Abschlussbericht soll ebenfalls Klarheit verschaffen, ob der Sprengstoff tatsächlich aus einer Miene in Asturien gestohlen wurde oder ob die Terroristen diesen noch aus anderen Quellen bezogen haben. Das Gericht hat zu diesem Zweck die Aussage von drei ETA-Mitgliedern zugelassen, die der Aufklärung dienen soll.



Der außenpolitische Sprecher der PP und Terrorexperte, Gustavo de Aristegui (Foto), hofft, dass der Pro-

zess die offenen Fragen klären kann. Es müsste vor allem untersucht werden, ob Al Kaida tatsächlich den direkten Befehl gegeben habe oder ob sie direkt mit dem Attentat in Verbindung gestanden haben soll.

>> **Illegale Verhöre in Guantanamo durch spanische Polizei?**

Nachdem deklassifizierte Dokumente des spanischen Nachrichtendienstes CNI ergeben haben, dass der amerikanische Geheimdienst CIA zwischen



2002 und 2005 sieben Mal Spanien für – wie die Tageszeitung „El País“ schreibt – „Folterflüge“ nach Guantanamo Bay auf Kuba genutzt hatte, meldete die regierungsfreundliche Zeitung, dass die spanische Polizei 13 dort inhaftierte Gefangene marokkanischer Herkunft illegal verhört hat. Zehn davon sollen Verbindungen zu Spanien gehabt haben. Die CIA soll großes Interesse an den Verhören durch die spanische Polizei wegen ihrer Expertise zum islamistischen Terrorismus gezeigt haben. Über die Verhöre sollen auch Videos existieren, heißt es seitens der Zeitung.

Einem Bericht der Zentralen Polizeiabteilung für Auslandsinformationen (UCIE) zufolge, waren die Polizeibeamten auf der Suche nach Informationen über einen spanischen Staatsbürger syrischer Her-

kunft namens Mustafa Setmarian, der die erste Terrorzelle von Al Kaida in Spanien aufgebaut und über enge Verbindungen zur Führung der Terrororganisation in Afghanistan verfügt haben soll. Für die Verhöre, die zwischen dem 21. und 26. Juli 2002, d.h. noch in der Regierungszeit von Ministerpräsident



José María Aznar (Foto), stattgefunden haben, lag keine richterliche Genehmigung vor,

schreibt „El País“.

Bereits zuvor waren Vertreter der spanischen Botschaft in Washington nach Guantanamo gereist, um mögliche Inhaftierte mit spanischem Pass zu identifizieren, darunter ein in Spanien lebender Marokkaner namens Lahcen Ikassrien, der 2001 in Afghanistan gefangen genommen wurde. Gegenüber „El País“ erklärte Ikassrien, er sei von spanischen Polizeibeamten verhört worden, die lediglich ein Geständnis von ihm wollten, dass er ein Terrorist und in Afghanistan ausgebildet worden sei. Er habe dies jedoch verneint und der Polizei mitgeteilt, sie habe kein Recht ihn zu verhören, da er marokkanischer Staatsbürger sei. Die Polizei habe ihm angeboten, ihn im Falle einer Zusammenarbeit in ein Zeugenschutzprogramm aufzunehmen. Man habe ihm einige Fotos radikaler Marokkaner gezeigt, darunter auch jenes von Jamal Zougam, der am Attentat vom 11. März 2004 beteiligt gewesen sein soll und seinerzeit unter polizeilicher Beobachtung stand. Ikassrien wurde später

an Spanien ausgeliefert, wo er vom Obersten Strafgericht mangels Beweise freigesprochen wurde. Das Gericht hatte die Verhörprotokolle aus Guantanamo nicht als Beweismaterial anerkannt.

Erneut reisten vom 20. bis 24. Januar 2003 spanische Diplomaten aus Washington nach Guantanamo, um den inhaftierten Hamed Abderahaman Ahmed zu verhören, der kurz danach ebenfalls an Spanien ausgeliefert wurde. Das Oberste Gericht ließ ihn frei mit der Begründung, man habe ihm weder seine Rechte vorgelesen noch einen Anwalt zur Verfügung gestellt. Ferner sei das Verhör nicht im Vorhinein gerichtlich autorisiert worden.

>> **Spanien legalisiert erneut illegale Einwanderer**

Nach einer Schätzung des Vereins der Anwälte für Ausländerrecht in Spanien werden im Jahr 2007 zwischen 400 und 600 Tausend Einwanderer die gesetzlichen Bedingungen erfüllen, um ihren Status legalisieren lassen zu können. Dadurch erhalten sie ein Daueraufenthaltsrecht.

Im Gegensatz zum Legalisierungsverfahren von 2005 handelt es sich hierbei nicht um eine allgemeine Amnestie für illegale Zuwanderer, sondern um eine Umsetzung des neuen Ausländerrechts. Da das Ende 2004 novellierte Ausländergesetz die Legalisierung über das „Ansässigkeitskriterium“ zulässt,

können Einwanderer, die drei Jahre lang in Spanien gelebt haben, einen Arbeitsvertrag vorweisen, nicht straffällig geworden sind und Familie in Spanien haben oder über eine Bescheinigung der Kommune über ihre soziale Eingliederung verfügen, eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen.

Mit Hilfe des Ansässigkeitskriteriums können in diesem Jahr viele derjenigen Immigranten ihren Status legalisieren lassen, die bei der letzten Legalisierungsaktion im Frühjahr 2005 nicht berücksichtigt werden konnten, weil sie zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht über eine Registrierung in Spanien von vor mindestens sechs Monaten verfügten.



Jesús Caldera (Foto), Minister für Arbeit und Soziales, hatte bereits Ende vergangenen Jahres angekündigt, alle Einwanderer legalisieren zu wollen, die das Ansässigkeitskriterium erfüllten. Die geschätzte Anzahl an Legalisierungen für 2007 könnte somit möglicherweise die 570.000 des Jahres 2005 übersteigen. Zudem wurden mit der EU-Erweiterung in diesem Jahr bereits rund 227.000 illegale Immigranten aus Rumänien und Bulgarien automatisch legalisiert und können nun die notwendigen Papiere anfordern, um in Spanien zu arbeiten.

Sowohl die oppositionelle Volkspartei (PP) als auch Vertreter der EU kritisieren das Vorgehen der spanischen Regierung. Ana Pastor (Foto), zuständig für Sozialpolitik in der PP, sprach von einem zweiten ‚Ruf-Effekt‘, da die Maßnahmen den Andrang illegaler Einwanderer nach Spanien erhöhten, wie sich 2006 gezeigt hätte.



Um möglichen sozialen Folgen der angestiegenen legalen und illegalen Einwanderung vorzubeugen, hat nun die spanische Regierung den lang geplanten Integrationsplan in Höhe von 2 Mrd. Euro verabschiedet. Dieser sieht vor, bis zum Jahr 2010 die Eingliederung und soziale Einbindung der Einwanderer finanziell zu fördern. Wie die Madrider Regierung erklärte, soll der Plan durch Bildungs- und Arbeitsmaßnahmen sowie durch die Verbesserung von Aufnahmeeinrichtungen die „zivile, soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Rechte garantieren“ sowie die Fremdenfeindlichkeit bekämpfen.

Seit Mitte der neunziger Jahre immigrieren mehr als eine halbe Million Menschen nach Spanien, vor allem aus Südamerika, Marokko und aus Südosteuropa. Die Zahl der illegalen Einwanderer wird auf ein bis zwei Millionen geschätzt. Dem Nationalen Statistikinstitut

INE zufolge hat sich die Anzahl der legalen Einwanderer von 542 Tausend im Jahre 1996 auf rund 3,9 Mio. im Jahr 2005 erhöht.



INE zufolge hat sich die Anzahl der legalen Einwanderer von 542 Tausend im Jahre 1996 auf rund 3,9 Mio. im Jahr 2005 erhöht.

>> **Drama um Flüchtlingsboot vor Mauretanien**

Zwei Wochen nachdem der in Seenot geratene Frachter „Marine I“ ein Notsignal gefunkt hatte, fand das Flüchtlingsdrama vor der mauretanischen Küste ein Ende. Vorangegangen war ein diplomatisches Tauziehen zwischen Spanien und Mauretanien über Anlandung und Rückführung der Flüchtlinge.

Der Frachter, der von der spanischen Küstenwache aufgebracht worden war, führte 369 Flüchtlinge aus der Kaschmir-Region von Pakistan und Indien, Sri Lanka, Myanmar, Afghanistan, Elfenbeinküste, Sierra Leone und Liberia mit dem Ziel Kanarische Inseln. Die Schiffsbesatzung hatte zuvor den Frachter verlassen und die „menschliche“ Fracht sich selbst überlassen. Erst am Montag konnte der havarierte Frachter in den mauretanischen Hafen Nouadhibou geschleppt werden.

Die Vereinbarung zwischen Mauretanien und Spanien sieht vor, dass Spanien die Rückführung der Asiaten vornimmt, während Mauretanien die der Afrikaner durchführt. Rund 400 spanische Polizeikräfte wurden nach Mauretanien geflogen, um zusammen mit Vertretern der Internationalen Organisation für Migration (IMO) die Identitäten der einzelnen Flüchtlinge festzustellen. Ebenso sind Vertreter der betroffenen Botschaften anwesend, um bei der Identifizierung mitzuwirken.

Inzwischen wurden 35 Flüchtlinge auf die Kanaren geflogen, damit die spanischen Behörden in Zusammenarbeit mit dem Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)



fallweise prüfen können, ob Anspruch auf Asyl besteht. Die Rückführung weiterer Flüchtlinge gestaltet sich nach Angaben der spanischen Behörden schwierig. Vielfach hätten die Flüchtlinge ihre Dokumente über Bord geworfen und falsche Angaben gegenüber den Behörden gemacht. Gleichzeitig wehrt sich Indien gegen die Rückführung von 169 Personen, deren Identität und nationale Herkunft nicht bestätigt werden kann. Spanien bemängelt ebenso die mangelhafte Zusammenarbeit mit den mauretanischen Behörden, die die Rückführung der Flüchtlinge vorerst verschoben haben. Offiziell heißt es aus mauretanischen Regierungskreisen, die Rückführung der afrikanischen Flüchtlinge verzögere sich wegen der politischen Krise in Guinea. Bis zur endgültigen Rückführung der Afrikaner in ihre Heimat müssen die spanischen Behörden die Versorgung der Flüchtlinge übernehmen.



Spaniens Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba (Foto) räumte Schwierigkeiten bei der Rückführungsaktion ein und beschuldigte Mauretanien, die Arbeit bewusst zu behindern. Dies sei kein einfacher Prozess und man wisse nicht, wie lange es noch dauern würde, sagte

Rubalcaba. Spanien werde jedoch alles Menschenmögliche unternehmen, um die Menschenrechte der Flüchtlinge zu wahren.

Die Volkspartei hat indessen angekündigt, die Regierung im Parlament nach dem Vorfall zu befragen.



Außenminister Miguel Angel Moratinos (Foto) und Arbeitsminister Jesús Caldera sollen erklären, wie es dazu

kommen konnte, dass Spanien so von Mauretanien vorgeführt und damit zu einer „weltweiten Lachnummer“ werden konnte.

>> Umfrage: PP behält absolute Mehrheit in Valencia

Laut einer in der konservativen Tageszeitung ABC publizierten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Metroscopia kann die Volkspartei (PP) bei den bevorstehenden Regionalwahlen Ende Mai 2007 ihre Mehrheit im Regionalparlament von Valencia behalten. Demnach käme sie auf 51,4 Prozent der Wählerstimmen, rund 4 Prozentpunkte mehr als bei den letzten Regionalwahlen im Mai 2003. Die sozialistische Partei (PSPV) verliert der Umfrage zufolge einen Prozentpunkt und käme so auf ein Ergebnis von 34,7 Prozent. Dies entspricht einem Vorsprung der Volkspartei gegenüber der PSPV von 17 Prozent.



Die linksnationalistische Koalition, Compromís pel País Valencià, angeführt von der kommunistischen Izquierda Unión (IU) und dem Nationalistischen Block (Bloc Nacionalista) kann 8,4 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen. Das Parteienbündnis, das 2003 in leicht veränderter Konstellation antrat, gewinnt damit 2,1 Prozentpunkte hinzu.

Die Wahlprognose, die von einer Wahlbeteiligung von 70 Prozent ausgeht (2003: 71,5%), scheint also – drei Monate vor den Regionalwahlen in Valencia – eine solide Mehrheit für die Regierung von



Francisco Camps (Foto) vorauszusagen. Der Regionalpräsident erfreut sich einer

großen Unterstützung bei der eigenen Wählerschaft (83%) und genießt sogar beachtliches Vertrauen unter den sozialistischen Wählern. Weder der vermeintliche Verschleiß nach 12 Jahren Regierungsarbeit der PP in Valencia noch die Krise der CAM, eine der größten Sparkassen Spaniens, können scheinbar die Popularität von Camps und seiner Partei trügen. Die Krise, ausgelöst durch die politische Färbung der Verhandlungen zur Vergabe von freien Stellen im Aufsichtsrat und in der Kontrollkommission, scheint hauptsächlich dem vorigen Regionalpräsidenten Valencias und jetzigem Fraktionsvorsitzenden der PP im spanischen Parlament, Eduardo Zaplana, angelastet zu werden.

Francisco Camps hingegen profitiert von der guten wirtschaftlichen Situation seiner Region, die die Valencianer ihm zuschreiben, sowie von der diesjährigen Ausrichtung des America's Cup in Valencia, der von 80 Prozent der Befragten als das wichtigste Ereignis der Region in diesem Jahr bewertet wird.

>> Cavaco Silva fordert striktere Gesetze gegen das Rauchen



Portugals Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva (Foto) hat auf einem Medizinerkongress die sozialistische Regierung von Ministerpräsident José Sócrates dazu aufgerufen, Gesetze gegen das Rauchen einzubringen und möglichst schnell umzusetzen. Es sei ein „Bedarf an Gesetzgebung und klaren Verwaltungsvorschriften, nicht nur gegen das Rauchen, sondern auch bei der Bekämpfung des Alkoholkonsums und der Fettleibigkeit“, betonte der Staatschef. Ferner müsste das Gesundheitswesen in Portugal modernisiert werden.



In die gleiche Kerbe schlug auch der konservative Oppositionsführer Luís Marques Mendes (Foto) von der PSD. Auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Porto, an dem auch der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales Gerald Weiß und der Bundestags-

abgeordnete Stefan Müller teilnahmen, warf der Parteivorsitzende der Regierung Tatenlosigkeit bei der Reform des Gesundheitswesens vor. Unter der sozialistischen Regierung sei das System wesentlich „komplexer, teurer und bürgerferner“ geworden. Die Menschen im Lande fühlten sich von der Gesundheitspolitik der Regierung „verunsichert und beängstigt“. Da dringender Handlungsbedarf bestünde, habe seine Partei die Gesundheitsreform zur Priorität ihrer politischen Arbeit auserkoren. Die PSD werde ein kohärentes Konzept zur Gesundheitsreform vorlegen, welches den Anforderungen einer modernen Bürgergesellschaft gerecht werde, sagte Marques Mendes.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.
Außenstelle Madrid
Inhaltlich Verantwortlich:
Michael Däumer
Zusammengestellt:
Michael Däumer
Carolin Sanz Noriega
Design: Normann Kreuter
Postanschrift:
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
28046 Madrid, Spanien
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: kasmad@gmx.net
Web: www.kas.de/espana